



Änderungsantrag

der Abgeordneten des SSW

Zum Antrag der Fraktion der CDU

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark

Drucksache 15/1258

Der Landtag wolle beschließen:

Die seit Jahren erprobte grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen dem Landesteil Schleswig und dem Amt Sønderjylland ist von entscheidender Bedeutung für die Bestrebungen, die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region voranzubringen.

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Geschichte und der Tatsache, dass die Region zwei verschiedene Staaten mit ganz unterschiedlichen Sozial- Steuer- und Verwaltungssystemen umfasst, ist es unabdingbar, die Zusammenarbeit behutsam und unter Akzeptanz der Unterschiede weiterzuentwickeln.

Der Auslauf der EU-Förderung 2006 und der mögliche Bau einer Fehmarnbelt-Querung führen dazu, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als strategische Perspektive für die Entwicklung des Landesteils Schleswig künftig noch wichtiger wird. Der formale Rahmen dieser Zusammenarbeit ist mit der Gründung der Region Schleswig/Sønderjylland und dem Vertrag über eine regionale Zusammenarbeit zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Amt Sønderjylland festgelegt worden.

Die konkreten Probleme der bisherigen Zusammenarbeit sind allen Akteuren hinreichend bekannt. Daher kommt es jetzt darauf an, dass pragmatische Schritte unternommen und geeignete Projekte entwickelt werden, damit die Grenzregion als Ganzes ihr Profil weiterentwickeln und das vorhandene wirtschaftliche und kulturelle Potential ausnutzen kann.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag sieht konkreten Handlungsbedarf insbesondere in folgenden Punkten:

1. Initiativen für die Stärkung der gemeinsamen Wirtschaftsregion:

- a. Der Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass die Zielsetzungen, die einerseits im Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem

Amt Sønderjylland und andererseits in der Region Schleswig/Sønderjylland festgelegt sind, vernünftig miteinander koordiniert und verzahnt werden. Dazu gehört u.a. die Erarbeitung eines Leitbildes für die Zusammenarbeit und für die Aufteilung der Arbeit zwischen den Akteuren in der Region.

- b. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Hochschulbereich weiter zu verbessern. Dazu gehört u.a., dass die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit der Universität Flensburg mit Syddansk Universitet durch weitere Interreg-Mittel bis 2006 ausgebaut wird.
- c. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass auch die grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur im Zuge des Programms Interreg IIIA ausgebaut wird. Dazu gehört u.a. eine Sicherung der Bahnstrecke Niebüll-Tønder für den grenzüberschreitenden Güter- und Personenzugverkehr.
- d. Der schleswig-holsteinische Landtag appelliert an die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sowie an die Stadt Flensburg, die Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsförderungsgesellschaften im Landesteil Schleswig zu intensivieren als Voraussetzung dafür, dass Gespräche mit unseren nördlichen Partnern über eine gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die gesamte deutsch-dänische Grenzregion aufgenommen werden können.

2. Initiativen für eine Stärkung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes:

- a. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, der Forderung des Regionalrates Schleswig/Sønderjylland nachzukommen und ein kontinuierliches und fachlich fundiertes Angebot im Fach Dänisch an den allgemeinbildenden Schulen im Landesteil Schleswig zu gewährleisten - u.a. sollte bis 2006 Dänisch als 2. Fremdsprache ab der 7. Klasse an allen Haupt- Real und Gesamtschulen sowie Gymnasien unterrichtet werden.
- b. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass die Bürgerinnen und Bürger der gesamten Region ein konkretes Informationsangebot erhalten, sowohl im Bereich der unterschiedlichen Steuer- und Sozialgesetzgebung als auch im Bereich der Berufsförderung. Dazu gehört u.a. eine bessere Verzahnung des Angebotes von EURES und des Regionalbüros in Bov - im Sinne einer nach außen hin deutlich sichtbaren Anlaufstelle - sowie eine Aufstockung der Stellen der EURES-Berufsberatung im Arbeitsamt Flensburg.
- c. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens für das neue JOB- AQTIV - Gesetz sicherzustellen, dass die Arbeitsämter in Zukunft zielgerichtete Arbeitsförderungsmaßnahmen in Dänemark fördern können.
- d. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass sich Deutschland und Dänemark durch bilaterale Absprachen verstärkt dafür einsetzen, die bereits heute bekannten Probleme der Grenzpendler zu lösen